

18.12.2007

Sperrfrist: keine

Klares „Ja“ zum elektronischen Personalausweis

- **Vitako veröffentlicht Stellungnahme zum elektronischen Personalausweis**
- **Kammer: „Hauptproblem bei Online-Transaktionen zwischen Bürgern und der öffentlichen Verwaltung ist damit gelöst.“**
- **Die Einführung darf nicht zu Mehrbelastung der Kommunen führen**

Berlin, 18. Dezember 2007. Vitako, die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, befürwortet die ab 2009 auf dem elektronischen Personalausweis aufgebrachte Authentisierungsfunktion. Dies sei ein elementarer Schritt, um E-Government in Deutschland bürgernah und effektiv zu gestalten. Matthias Kammer, Vorstandsvorsitzender von Vitako: „Das ist ein Meilenstein für das E-Government. Denn eines der Hauptprobleme heutiger Online-Transaktionen zwischen Bürgern und der öffentlichen Verwaltung ist damit gelöst: Bürgerinnen und Bürger werden sich sicher und zweifelsfrei elektronisch ausweisen können“. Mithilfe der neuen Authentisierungsfunktion könne man umfassende E-Government-Prozesse zwischen Bürger und Verwaltung schnell und effizient abwickeln.

In einer aktuell veröffentlichten Stellungnahme macht Vitako deutlich, dass es noch bis 2019 dauern kann, bis alle Bürgerinnen und Bürger einen solchen Pass haben. Denn die bisherigen Personalausweise bleiben in Deutschland weiterhin maximal bis zu 10 Jahre gültig. Um möglichst viele Inhaber zum vorzeitigen Wechsel auf den neuen Ausweis zu bewegen, forderte Matthias Kammer den Übergang zum elektronischen Personalausweis möglichst attraktiv zu gestalten und die Vorteile dieses Dokuments öffentlichkeitswirksam herauszuarbeiten. Kammer: „Den Personalausweis kann man nicht nur im Öffentlichen Sektor, sondern auch in der Privatwirtschaft zur elektronischen Identifikation nutzen. Damit müssen Kunden zukünftig nicht mehr verschiedene Pin-Nummern und Passworte verwalten.“

Neben dem klaren „Ja“ zum elektronischen Personalausweis fordert die Bundes-Arbeitsgemeinschaft in ihrer Stellungnahme aber auch, dass die Einführungs- und Herstellungskosten nicht zu Lasten der Kommunen gehen dürfen. Kammer: „Es muss eine kostendeckende Lösung geben.“ Er wies darauf hin, dass die Kommunen ohnehin einen großen Teil der Einführungskosten für E-Government schultern. Es müsse darauf geachtet werden, dass alle bereits eingerichteten technischen Ausstattungen in den Kommunen für die Ausgabe von Reisepässen auch für die neuen Personalausweise zu nutzen seien.

PRESSEKONTAKT:

Vitako Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – Pressesprecher: Holger Förster – Markgrafenstraße 22 - D- 10117 Berlin - Tel.: 030 2063156 12 - Fax.: 030 2063156 22 – E-Mail: presse@vitako.de - www.vitako.de

PRESSEINFORMATION



18.12.2007

Sperrfrist: keine

Vitako ist die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister. Fast 50 Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen mit 7.000 Beschäftigten aus 13 Bundesländern bündeln in dem rechtsfähigen Verein ihr Know-how und stellen es den Kommunen zur Verfügung. Vitako berät und unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in zahlreichen Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik. Insgesamt betreuen die Mitgliedsunternehmen rund 500.000 IT-Arbeitsplätze in mehr als 10.000 Kommunen und ein jährliches Umsatzvolumen von knapp einer Milliarde Euro.

Die Vitako-Stellungnahme zum Elektronischen Personalausweis finden Sie unter: http://www.vitako.de/home/Download/Vitako-Stellungnahme_ePA_2007-12-13.pdf

Weiterführender Link: www.vitako.de

PRESSEKONTAKT:

Vitako Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – Pressesprecher: Holger Förster – Markgrafenstraße 22 - D- 10117 Berlin - Tel.: 030 2063156 12 - Fax.: 030 2063156 22 – E-Mail: presse@vitako.de - www.vitako.de